

PRESSEMITTEILUNG #472-22.11.2022

Martin Habersaat:

G9 soll als schwarzgrüne Billiglösung kommen

Durch Beschluss der Jamaika-Koalition kehren die Gymnasien in Schleswig-Holstein zu G9 zurück und müssen ab 2026 einen zusätzlichen Jahrgang beschulen. Mehraufwendungen der Kommunen sollen ab dem Jahr 2023 durch das Land ausgeglichen werden. Doch nach Logik der Landesregierung wird es kaum etwas auszugleichen geben, kritisiert Martin Habersaat, der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion:

„Die Landesregierung scheint die Auffassung zu vertreten, dass Mehrkosten allein dann entstehen, wenn 2023/24 mehr Schüler*innen zu beschulen sind als 2012/13, als der letzte 13. Jahrgang die Gymnasien verließ. In der Zwischenzeit hat es jedoch nicht nur international eine Zeitenwende gegeben, auch das Arbeiten an den Gymnasien hat sich verändert. Doch aus dem Bildungsministerium heißt es dazu: „Aktuelle pädagogisch-didaktische Anforderungen an eine zeitgemäße Ausstattung von Schulgebäuden stehen unabhängig davon, ob an einer Schule ein achtjähriger oder neunjähriger Bildungsgang eingerichtet ist, in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit G9 und begründen daher keinen berücksichtigungsfähigen Mehrbedarf.“

Das ist sehr kurz gesprungen. Selbstverständlich haben Schulträger ihre Planungen von den zur Verfügung stehenden Räumen abhängig gemacht, haben Schulen ihr pädagogisches Angebot weiterentwickelt. An zwei Punkten scheint es ein wenig Verhandlungsbereitschaft zu geben: Schulsozialarbeit ist längst auch an den Gymnasien eine Selbstverständlichkeit, die selbstverständlich auch Platz beansprucht. An den Schulen wurden Mensen ausgebaut und Nachmittagsangebote entwickelt, was beides ebenfalls nicht ohne Räume geht. Und viel Hoffnung scheinen sich die Schulträger nicht zu machen, bisher hat sich nur die Stadt Segeberg gemeldet - und prompt eine Abfuhr erhalten. Es wird spannend sein zu sehen, welche Beträge die Regierung zur Erfüllung ihrer Versprechen in den Haushalt 2023 einstellt.

Insgesamt offenbart die Landesregierung mit der Antwort auf die Kleine Anfrage zwei erschütternde Lücken: Daniel Günther kam G9 gerade recht, um damit eine Landtagswahl zu gewinnen (hinzu kam ein Wahlkampf gegen die Windkraft und das Versprechen, die A20 würde in diesem Jahr fertig). Bei der verantwortungsvollen Umsetzung der Umstellung hält er sich aber -wieder einmal- heraus. Die zweite Lücke betrifft die Vorstellungen der Bildungsministerin von der Zukunft unserer Schulen: Welche Flächenvorgaben legt die Landesregierung bei ihren Überlegungen zugrunde, welche Größe sollten beispielsweise Klassen- oder Fachräume haben? Welche räumlichen Voraussetzungen hält die Landesregierung für einen zeitgemäßen Schulbetrieb für notwendig? Antworten: Fehlanzeige.“

Kleine Anfrage 20/288

<https://www.landtag.ltsh.de/infoteh/wahl20/drucks/00200/drucksache-20-00288.pdf>